



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012 – 2016

6. Sitzung vom 21. Januar 2013

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–21.30 Uhr

Leitung: Simone Abt

Anwesend: 36 Mitglieder

Abwesend: E. Bättig Knotek, S. Bräutigam, B. Bürgin, R. Moll

Präsidentin:

Simone Abt

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen der Präsidentin

Simone Abt begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung im neuen Jahr.

Sie stellt Nicolas Hug vor, der anfangs Januar sein Amt als neuer Gemeindeverwalter angetreten hat.

Anschliessend teilt sie mit, dass sich ausser B. Bürgin, S. Bräutigam und R. Moll auch E. Bättig Knotek entschuldigt hat. Sie wird an dieser Sitzung durch S. Tribolet als Stimmzählerin ersetzt.

Neu eingereichte Vorstösse

- | | |
|--|----|
| – Postulat Ph. Schaub, Freie Wähler: Entfernung der Sprayereien und Schmierereien beim Binninger Schloss | 42 |
| – Interpellation K. Bartels, CVP/GLP: Stand Revision Raumplanungsgesetz | 43 |
| – Anfrage St. Glaser, parteilos: Restaurant im Garderobengebäude Spiegelfeld | 44 |
| – Anfrage St. Glaser, parteilos: Wann endliche wird die Schlosstreppe gebaut? | 45 |
| – Interpellation S. Tribolet, SP: Velowege auf dem Westplateau | 46 |

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Vorstössen.

Auf Wunsch des Gemeindepräsidenten legt Simone Abt dem Rat ans Herz, einfach zu beantwortende Fragen mit einem Telefonat oder einer E-Mail an die Verwaltung zu klären, anstatt einen Vorstoss einzureichen. Das spart Aufwand, Zeit und Geld.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 10.12.2012	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	41
3. Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	27
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.12.2012: Beitrittsgesuch Zweckverband Zivilschutz Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	24
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.12.2012: Bewilligung einer Investitionsausgabe für Strassenbau (CHF 505 000) und Abwasserleitungsbau (CHF 213 000) an der Winterhalde Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	33
6. Kenntnisnahme / Beschluss des Gemeinderats vom 18.12.2012: Legislaturprogramm 2012–2016 Geschäftskreisführung: Mike Keller	40
7. Bericht / Antrag des Einwohnerratsbüros vom 2.11.2012: Motion SP: Kommissionssitze bei Fraktionsaus- und -übertritten bei Parteispaltungen: Stellungnahme des ER-Büros betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	18
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.11.2012: Postulat St. Glaser, parteilos: Verbesserung Darstellung Einwohnerrat auf Webseite: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	30
9. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2012: Privatfahrten mit gemeindeeigenen Fahrzeugen	34
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.12.2012: Postulat St. Glaser, parteilos: Anderer Standort für den schönen Basilisken-Brunnen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	23
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.1.2013: Interpellation R. Ewald, SVP: Kommunikation zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	36
12. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 10.12.2012

Das Protokoll wird mit folgender Beschluss-Ergänzung genehmigt:

Traktandum 4

4.a Für den Einbau von Trennwänden in den Primarschulhäusern Margarethen und Pestalozzi wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 130 000 (inkl. Mehrwertsteuer von zur Zeit 8,0 %) bewilligt.

Traktandum 2

Nr. 41

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Christoph Anliker, SVP: Beatrix Bürgin ist zugunsten von Urs Weber, der bis Ende der letzten Legislatur Mitglied der GRPK war, zurückgetreten. Da die Vormundschaftsbehörde aufgelöst wurde und Urs Weber somit kein Amt mehr inne hat, das sich nicht mit dem Amt als GRPK-Mitglied vereinbaren lässt, schlägt ihn die SVP wieder vor.

Im Gegenzug wird Beatrix Bürgin als stellvertretendes Mitglied empfohlen. (Traktandum 3)

ABSTIMMUNG

Stille Wahl

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Urs Weber, SVP, als Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Nr. 27

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

ABSTIMMUNG

Stille Wahl

://: Für die restliche Amtsperiode wird Beatrix Bürgin, SVP, als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 4

Nr. 24

Beitrittsgesuch Zweckverband Zivilschutz

EINTRETEN

Anand Jagtap: Die Grüne/EVP steht vorbehaltlos hinter dem Beitritt zum Zweckverband. Der Beitritt kostet Binningen zwar etwas, doch diese Investition ist es ihr wert. Einerseits kann die Qualität des Bevölkerungs- und Zivilschutzes gesteigert werden, andererseits wird auf längere Sicht das Funktionieren und Überleben einer wichtigen Milizorganisation gesichert. Man ist der Ansicht, dass Gemeinden künftig sowieso viele Aufgaben nur noch mit Verbund-Lösungen bewältigen können. Die Anforderungen an das Personal und die Komplexität der gesetzlichen Bestimmungen und Aufgaben nehmen ständig zu. Vertieftes Spezialwissen wird immer nötiger. Es ist jedoch nicht sehr effizient, dieses Wissen in jeder Gemeinde aufrechtzuerhalten. Auch der Trend nach immer mehr Professionalität zwingt die öffentliche Hand zu Verbund-Lösungen. Die Fraktion tritt gerne einem Zweckverbund bei, der keine Kantons Grenzen kennt – auch Katastrophen kennen keine Grenzen. Die nachgelieferte Gegenüberstellung der Kennzahlen zeigt, dass Binningen pro Kopf immer noch weniger bezahlt, als viele andere Gemeinden in Verbunden.

Urs Brunner, SVP: Auch seine Fraktion unterstützt den Beitritt zum Zweckverband Zivilschutz. Die Hauptgründe wurden bereits genannt.

Daniel Zimmermann: Die FDP hofft, dass der Gemeinderat mit dem Beitritt den richtigen Weg geht. Sie wünscht, dass der Gemeinderat nach einem Betriebsjahr einen Zwischenbericht vorlegt, der die Einsatzfähigkeit der Zivilschutzorganisation und die effektiven Kosteneinsparungen aufzeigt. Man stimmt dem Beitritt mehrheitlich zu.

SP: Pascal Andres: Auch die SP ist für den Beitritt. Sie findet es gut, dass der Gemeinderat den Bericht überarbeitet und die zahlreichen Fragen beantwortet hat. So wird unter anderem aufgezeigt, warum der Beitritt zu Beginn Mehrkosten generiert, die Lösung aber längerfristig günstiger ist.

Katrin Bartels, CVP/GLP, bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Überarbeitung der Vorlage. Diese zeigt auf, dass ein Beitritt einen professionelleren Zivilschutz bei einer Kostendifferenz von zehn Rappen bedeutet. Da man dies für vertretbar hält, befürwortet man den Beitritt.

Philippe Spitz, SP: Unter Ziffer 6 steht, dass die nicht mehr verwendeten Zivilschutzanlagen anderweitig – z.B. von Vereinen und Bands – genutzt werden können. Das freut den Redner und er bittet Gemeinderat Nyffenegger, kurz zu berichten, was man sich vorstellt, was bereits angedacht wurde.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger bedankt sich zuerst für die gute Aufnahme der Vorlage. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nichts Konkretes definiert werden. Zuerst muss Binningen in den Zweckverband aufgenommen werden. In einem nächsten Schritt wird analysiert, welche Anlagen weiter und welche

nicht mehr genutzt werden. Erst anschliessend kann darüber diskutiert werden, welchem Zweck die überfälligen Anlagen zugeführt werden.

CVP/GLP: Katrin Bartels möchte dem Gemeinderat etwas mit auf den Weg geben: Es heisst, die Statuten sind nicht verhandelbar. Das stimmt sicher so; zuerst muss man beitreten. Doch in den Statuten ist beschrieben, wie Statuten erneuert werden können. Im § 2, Absatz a und b wird auf die bisherige Organisation des bisherigen Führungsstabs bzw. der Zivilschutzorganisation verwiesen. Als diese Statuten geschrieben wurden, wussten noch alle, wie die vorhergehende Struktur aussah. Längerfristig ist eine Formulierung, die die Aufgaben aufzählt und nicht auf etwas Bisheriges verweist, bestimmt lesbarer.

Präsidentin Simone Abt führt die Lesung durch, es gibt keine Wortmeldungen dazu.

ABSTIMMUNG Antrag 1

Ja: 33 / Nein: 3 / Enthaltungen: 0

ABSTIMMUNG Antrag 2

Ja: 33 / Nein: 3 / Enthaltungen: 0

BESCHLUSS

://: Der Beitritt der Zivilschutzorganisation Binningen zum „Zweckverband Bevölkerungs- und Zivilschutz Leimental“ wird gutgeheissen.
2. Dem „Zweckverband“ wird das Beitritts-gesuch der Gemeinde Binningen unterbreitet.

Traktandum 5

Nr. 33

Bewilligung einer Investitionsausgabe für Strassenbau (CHF 505 000) und Abwasserleitungsbau (CHF 213 000) an der Winterhalde

EINTRETEN

Pascal Treuthardt: Die FDP ist glücklich über die Trennkanalisation. Das Verfahren ist im Trend und ökologisch vertretbar. Natürlich ist es auch vernünftig, die Strasse gleich zu sanieren, doch hat die FDP Probleme damit, dass die Strasse dreimal teurer wird als der Kanal. Der Strassennetzplan von 1955 sieht für die Winterhalde ein Trottoir vor. Mittlerweile ist es eine Einbahnstrasse in der Tempo-30-Zone und die Fraktion findet den Bau eines Trottoirs nicht zeitgemäss. Die FDP ist nicht grundsätzlich gegen Gehsteige, doch grundsätzlich gegen Enteignungen. Nicht nur nimmt man den Anwohnern durch Enteignung den Vorgarten weg, sondern manbürdet ihnen dazu auch noch ein Trottoir auf, von dem sie im Winter den Schnee räumen müssen. Das birgt Konfliktstoff. Konflikte wegen Kleinigkeiten bei derart hohen Beträgen sind tunlichst zu vermeiden, zumal es sich um eine Strasse handelt, durch die wirklich wenige Leute gehen. Aus den genannten Gründen ist die Fraktion für eine Überweisung in die Bau- und Planungskommission.

Pascal Treuthardt schliesst mit der Frage an den Gemeinderat, was denn wohl die Anwohner zu einem Trottoir meinen, das für sie Landabtritt und zusätzliche Verantwortung bedeutet.

Alexander Huber, CVP/GLP, stellt fest, dass es in seiner Fraktion ähnliche Diskussionen gab wie in der FDP. Die Befindlichkeit der Anstösser war auch bei ihnen ein Thema und man möchte wissen, in welchem Rahmen die Anstösser zur Kasse gebeten werden und welche Gespräche schon geführt wurden. Die CVP/GLP kann sich auch eine Behandlung des Geschäfts in der BPK vorstellen um abzuschätzen, welche Auswirkungen es hätte, wenn alles wie geplant durchgeführt würde.

Roy Ewald, SVP: Der Ausbau der Winterhalde und der Einbau eines Strassenkoffers sind bei ihnen unbestritten. Die SVP fragt sich aber, warum nicht gleich die angrenzende Strasse „Ob dem Hölzli“, die noch dürrtiger aussieht, miteinbezogen wurde. Weiter sieht die Fraktion die Möglichkeit, aus der Winterhalde eine Begegnungszone anstelle einer Erschliessungsstrasse zu machen. So könnte man auf das Trottoir verzichten und die Anstösser müssten viel weniger Land abgeben. Wurde diese Variante überhaupt in Betracht gezogen?

Roy Ewald freut es besonders, dass die Strasse mit LED-Leuchten bestückt wird und aufgrund des spärlichen Verkehrs- und Fussgängeraufkommens wäre der Einbau von Bewegungsmeldern durchaus einen Gedanken wert, meint er augenzwinkernd.

Laut dem Bericht des Gemeinderats wurden die Anstösser im Rahmen der Kanaluntersuchungen bereits über das Projekt informiert. Wie wurden die Leute informiert und warum wurde diese Information dem Einwohnerrat nicht als Beilage zur Verfügung gestellt? Die „richtige“ Orientierung wird ja erst stattfinden, wenn der Beschluss des Einwohnerrats positiv ausfällt. Da so viele wichtige Fragen offen sind, ist auch die SVP für eine Überweisung in die BPK.

Grüne/EVP: Peter Buess beschreitet diese Strasse seit 40 Jahren und hat sich formell erkundigt, ob es Unfälle gab. Das war nicht der Fall. Binningen gibt viel Geld aus für Verkehrsberuhigung. Nun soll aber eine Strasse ausgebaut werden, die natürlicherweise bereits verkehrsberuhigt ist. Die Anwohner beklagen sich einzig darüber, dass zu schnell gefahren wird, obwohl die Strasse eng ist. Peter Buess findet die Idee einer weiteren Verkehrsberuhigung gut. Auch die Grüne/EVP ist für eine Überweisung in die BPK, weil der vorgeschlagene Ausbau mit einem Trottoir unnötig ist. Die Verbesserung der Strasse und der Abwasserleitungsbau sind natürlich unbestritten.

Anne Platten macht es kurz, da bereits alles gesagt wurde: Die SP stimmt dem Antrag, das Geschäft in die BPK zu geben, mehrheitlich zu.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Der Gemeinderat kann die Behandlung des Geschäfts in der Bau- und Planungskommission unterstützen. Es ist allerdings so, dass mit dieser Vorlage Gesetze und Reglemente umgesetzt wurden, die der Einwohnerrat teils kürzlich, teils vor längerer Zeit beschlossen hat.

Pascal Treuthardt hat vom Strassennetzplan von 1955 gesprochen, doch hier geht es um den Bau- und Strassenlinienplan. Im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision wurden der Strassennetzplan und das Strassenreglement überarbeitet. In diesem ist definiert, wie eine Erschliessungsstrasse aussehen soll.

Von Direktbetroffenen gab es bisher zwei Rückmeldungen, wobei eine davon verlangt, dass man nochmals auf den Bau- und Strassenlinienplan zurückkommt. Dies liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderats.

Der Betrag, den die Betroffenen aufwenden müssen, richtet sich auch nach dem Reglement und ist in der Vorlage ausgewiesen. Es geht um rund CHF 150 000, die auf 15 Anwohner verteilt werden.

Zur Frage der SVP: „Ob dem Hölzli“ gleichzeitig mit der Winterhalde zu sanieren, ist nicht zuletzt eine Budgetfrage. Wie man sieht, ist es eine ansehnliche Summe, die vorerst für die Winterhalde budgetiert ist. Im Zusammenhang mit dem Strassenunterhalt werden die weiteren Strassen mittel- bis langfristig auch angepackt. Gegen eine Begegnungszone sprechen der Strassennetzplan, der Bau- und Strassenlinienplan sowie weitere Faktoren.

Zu Äusserungen der Grüne/EVP: Die Strasse wird in der Breite nicht ausgebaut. Die Strassenbreite beträgt nachher 3,20 m und es gibt ein einseitiges Trottoir von 1,80 m. Die jetzige Strasse ist drei bis vier

Meter breit. Die Massnahme richtet sich ganz klar auf den Langsamverkehr (Fussgänger) aus und das Trottoir hat die Funktion, das Sauberwasser von der Strasse her aufzufangen.

ABSTIMMUNG Antrag FDP: Überweisung an die BPK
Einstimmig

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 40

Legislaturprogramm 2012–2016

Simone Abt weist darauf hin, dass das Legislaturprogramm zur Kenntnisnahme vorliegt, man also Feedback geben aber keine Anträge stellen kann. Doch da es sich um die Zielsetzung des Gemeinderats für die nächsten vier Jahre handelt, kann das Echo von Seite des Einwohnerrats für die sieben Damen und Herren bei der Umsetzung der gesetzten Ziele hilfreich sein. Die Präsidentin möchte deshalb das Papier diskutieren und bittet die Fraktionen um ein kurzes Eintreten mit allgemeinen Bemerkungen und Anregungen. In einem zweiten Schritt kann man sich zu den einzelnen Punkten des Programms äussern.

EINTRETEN

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Das neue Legislaturprogramm, das inhaltlich gegenüber dem letzten deutliche Fortschritte wahrnehmbar macht, wurde mit grossem Interesse gelesen. Offensichtlich verstehen sich die Mitglieder des neuen Gemeinderats bestens und sie wagen sich auch an grössere Würfe, was die Entwicklung der Gemeinde betrifft. Die Fraktion hat befriedigt zur Kenntnis genommen, dass mit der Zukunftsvision 2030 eine Fortsetzung der ehemaligen „Zukunftskonferenz“ geplant ist. Der Gestaltungswille des Gemeinderats ist gut spürbar, doch wäre da und dort weniger etwas mehr. Mit einer inhaltlichen Konzentration und schlichterer Struktur wäre die Legislaturplanung bestimmt einfacher les- und erfassbar. Die einzelnen Ebenen sind nicht immer logisch miteinander verknüpft und die Arbeitsschwerpunkte sind auf ganz unterschiedlichen Flughöhen angesiedelt und betreffen unterschiedliche Aspekte. Die Legislaturplanung sprudelt vor Ideen und es ist sehr angenehm, dass die gebetsmühlenartig wiederholte finanzpolitische Betrachtung Binningens (Stichwort niedriger Steuerfuss und Standortattraktivität) mit diesem Programm ein Ende hat.

Die Fraktion ist sich nicht sicher, ob das teilweise sehr traditionell gezeichnete Bild mit seinen Vereinen, seinem Gewerbe und den Arbeitsplätzen dem tatsächlichen Bild des modernen Binningens noch entspricht. Werden wirklich die Themen angesprochen, die unsere Einwohnerinnen und Einwohner bewegen? Die in früheren Programmen prominent aufgeführten Ziele wie die Anbindung Binningens an den öffentlichen Verkehr scheinen nicht mehr so wichtig. Doch gerade dieser Punkt ist in den Augen der Grüne/EVP ein wichtiges Thema in einer Gesellschaft, die immer mobiler wird.

Insgesamt enthält das Legislaturprogramm viele gute Ideen. Man darf gespannt sein, wie die im vorde- ren, visionären Teil aufgeführten Ziele umgesetzt werden. Im letzten, sehr konkreten Teil, fehlen die Zukunftsthemen. Dort werden vor allem die bestehenden Projekte zu Ende geführt. Die Fraktion wünscht dem Gemeinderat viel Weitsicht und Gespür bei der Umsetzung der Legislaturplanung.

Gaida Löhr: Die SP findet das Legislaturprogramm gut und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr grosse Arbeit. Es freut sie, dass der Gemeinderat zielstrebig umsetzen will, was angedacht ist, und sie wartet gespannt darauf, wie das Ergebnis aussehen wird. An den Visionen sind die Fraktionsmitglieder allerdings mehr interessiert und es freut sie ganz besonders, dass der Gemeinderat mit der Bevölkerung darüber diskutieren will. Aus diesem Grund will die Partei noch nicht kritisieren, was fehlt, sondern hofft, dass dies im geplanten Austausch zur Sprache kommen wird. Die SP schätzt dieses Vorgehen, mit dem künftig alle Meinungen und Dialogpartner ernst genommen werden sollen, sehr. Indem sie sich zu verschiedenen Details nochmals melden wird, will die SP-Fraktion zeigen, dass sie das Legislaturprogramm ausgiebig studiert und ernst genommen hat und gleichzeitig einen ersten Schritt zum Austausch machen.

Gerhard Metz, FDP: In diesem allgemeinen Teil will er sich nur zur Vision 2030 äussern. Die FDP begrüsst die Zielsetzungen des Gemeinderats und ist sich bewusst, dass er damit eine sehr anspruchsvolle Arbeit anpackt. In der heute verschickten Medienmitteilung ist Gerhard Metz aufgefallen, dass von einer breit angelegten Befragung die Rede ist, in der man Stärken/Schwächen und Chancen/Risiken orten will. Der FDP ist es ein Anliegen, dass diese Befragung derart ausgestaltet wird, dass sie tatsächlich als repräsentativ gelten kann.

Christoph Anliker, SVP: Seine Fraktion hat das Programm zur Kenntnis genommen und macht darauf aufmerksam, dass auch sie bei der Umsetzung gerne konstruktiv mithilft.

Die Präsidentin bittet nun, sich zu den einzelnen Themen zu melden.

FDP: Gerhard Metz zur Entlastung von motorisiertem Durchgangsverkehr (S. 9): Dieses Anliegen unterstützen bestimmt alle mit gewissen Einschränkungen. Für die FDP ist es wichtig, dass die persönliche Freiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt und ihm das Autofahren nicht vermieht wird. Wenn es mit hilft, Binningen vor unerwünschten Effekten – zum Beispiel eines Gundeli-Tunnels – zu entlasten, dann ist dies sicher ein wichtiges Thema. Man hat gehört, dass das Thema Gundeli-Tunnel von der Stadt sehr salopp behandelt wird. So ist eine Tunnelein- und ausfahrt auf der Höhe Dorenbach geplant und was Binningen mit dem ein- und ausfahrenden Verkehr macht, interessiert Basel anscheinend nicht besonders. Die Fraktion begrüsst es, wenn Binningen das Problem sehr sorgfältig mit anderen betroffenen Gemeinden angeht.

Gabriela Vetsch, SP, zu „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“: Ziel Nummer 3 ist, auf geeigneten gemeindeeigenen Bauten neue Anlagen für Fotovoltaik und Solarwärme zu realisieren. Das ist ein sehr begrüssenswertes Ziel. Die SP bittet darum, auch genügend Anreiz zu schaffen, damit auch auf Privathäusern vermehrt derartige Anlagen installiert werden.

Zum Punkt 3.6, Raum- und Liegenschaftsstrategie, meldet sich Gaida Löhr, SP: Erfreulich ist, dass die gemeindeeigenen Räumlichkeiten optimiert werden sollen. Bereits auf Seite 11 konnte man lesen, dass es im zukünftigen Binningen Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten und Altersklassen geben soll. Wenn man ein solches Ziel avisiert, muss man konkret überlegen, was das heisst. Der SP fehlen auf Seiten 17 Hinweise in Richtung Genossenschaften, sozialen Wohnungsbau etc., die aufzeigen, dass der Gemeinderat über seine primären Aufgaben hinaus bei den Liegenschaften politisch aktiv werden will.

SP: Susanne Tribolet zur Produktegruppe Bildung: Bildung ist ein grosser, wichtiger Bereich und es ist sicher nicht einfach, diesen auf drei Hauptziele herunterzubrechen. Die SP hofft, dass Binningen mehr als nur das gesetzliche Minimum erfüllt, sodass die Gemeinde für Familien mit schulpflichtigen Kindern weiterhin attraktiv bleibt. In der familienergänzenden Kinderbetreuung darf deshalb das Angebot durchaus verbessert statt nur leicht angepasst werden (z.B. Unterstützung bei Hausaufgaben). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die musikalische Bildung. Binningen hat seit vielen Jahren eine erfolgreiche

Musikschule, die man auch in der Erwachsenenbildung oder für Kinder im Vorschulalter einsetzen könnte.

Susanna Keller, SVP, zur Produktegruppe 7, Soziale Dienste: Der SVP ist wichtig, dass nicht nur für Kinder von arbeitslosen Familien, sondern auch für Jugendliche und junge, alleinstehende Mütter spezielle Massnahmen für eine engmaschige Betreuung erwähnt werden.

Severin Brenneisen, SP, äussert sich zur Produktegruppe 8, Tiefbau und Verkehr: Vor ein paar Tagen konnte man in der Tagespresse lesen, dass beim Tram angedacht wird, die Haltestellen unterirdisch zu legen. Seiner Meinung nach ist das eine Verschlechterung für die Trambenutzer/-innen, die dann immer unter die Erde müssen. Diese Sache muss noch vertieft angeschaut werden, er wollte sie hier einfach anmerken.

Gerhard Metz, FDP, zur Anwohnerparkkarte: Der Gemeinderat beabsichtigt, das geltende Reglement zu revidieren. Dazu hat die Fraktion jetzt schon diverse Fragen, z.B.:

Warum muss das Reglement revidiert werden? Es sind den FDP-Mitgliedern diverse Reklamationen und Unzufriedenheiten zu Ohren gekommen, doch möchten sie im revidierten Reglement gerne in der Einleitung lesen, welches Ausmass an Verstössen und Ähnlichem eine Revision nötig machen.

Bei der Einführung dieser Karte hat sich die FDP dafür stark gemacht, dass sie nicht zu einer neuen, versteckten Steuer wird. Man kann bereits heute sagen, dass es von der FDP Widerstand gegen eine zu hohe Gebühr geben wird, denn sie möchte gerne den Status quo aufrechterhalten. Im Legislaturprogramm steht, dass die Einnahmen die Kosten decken sollen. Gerhard Metz hat noch nie gehört, dass die heutige Gebühr nicht kostendeckend wäre.

Zum Thema Erdbebensicherheit hat Pascal Andres, SP, eine kleine Bemerkung: Die Fraktion hätte es begrüsst, wenn das Anliegen der Erdbebensicherheit bei öffentlichen Bauten im Programm explizit erwähnt worden wäre.

SP: Philippe Spitz dankt für die gute Arbeit und spürt einen positiven Mumm. Seiner Ansicht nach lässt sich darüber streiten, ob gewisse Begriffe gut gewählt sind. Stichwort „Produktegruppe“ oder „Gepo“. Leider war es nicht vermeidbar, die nicht vorhandene Gewerbezone zu verschweigen, was seitens SP mit einem kritischen Schmunzeln zur Kenntnis genommen wurde. Die Fraktion hat sich gefragt, was „die Führung auf politischer Ebene wird gestärkt“ genau heisst und ist gespannt, was hier entwickelt werden soll. Mit Spannung wird man auch die Themen „Förderung Quartieraktivitäten“ und „Renaturierung Dorenbach“ verfolgen und beobachten, wie das Konzept für kulturelle Unterstützungen und Vergabungen in die Wege geleitet wird.

BESCHLUSS

://: Das Legislaturprogramm 2012–2016 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 7

Nr. 18

Motion SP: Kommissionssitze bei Fraktionsaus- und -übertritten bei Parteispaltungen

EINTRETEN

Stefan Glaser, SVP: Er findet diese Motion unfair, weil sie die Fraktionen über die einzelnen Einwohner-räte und -rätinnen stellt. Man denke an die konstituierende Sitzung vom letzten Juni, an der Roger Moll und er von der SVP hintergangen und in der Öffentlichkeit und den Medien diskriminiert wurden – auch in diesem Saal. In den Kommissionen soll Sacharbeit im Interesse der Gemeinde und nicht Parteipolitik getrieben werden. Deswegen spielt es für die Kommissionsarbeit keine Rolle, wenn jemand die Partei wechselt oder parteilos ist. Sollte die Motion überwiesen werden – wovon der Redner ausgeht – darf die neue Regelung erst mit der nächsten Legislatur in Kraft treten. Im Kanton Basel-Stadt ist die Neue-rung auch im Hinblick auf die neue Legislatur in Kraft gesetzt worden. Das bedeutet, dass in Basel das Rückwirkungsverbot respektiert wurde.

Rahel Bänziger: Die Grüne/EVP-Fraktion begrüsst die Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Das Volk wählt Personen in den Einwohnerrat, aber der Einwohnerrat wählt Vertreter der Fraktionen in die verschiedenen Kommissionen. So steht es in der Geschäftsordnung geschrieben und es ist nicht einzusehen, wieso Leute, die aus verschiedenen Gründen aus Fraktionen ausscheiden, ihre Kom-missionssitze weiterhin behalten sollen. Der Landrat hat dasselbe Problem und auch dort sind Bestre-bungen im Gange, das Ganze zu ändern. Die Grüne/EVP stimmt der Überweisung der Motion zu, ist al-lerdings dagegen, die Spielregeln während des Spiels zu ändern. Die Änderung soll also mit der nächsten Legislatur in Kraft treten.

Gaida Löhr, SP, dankt dem Büro für die Aufnahme der Motion und die geleistete Vorarbeit. Sie weist Stefan Glaser darauf hin, dass bei uns selbst das Volk (wenigstens teilweise) parteimässig wählt, denn es gibt viele unveränderte Parteilisten. Die Parteien haben also durchaus einen Sinn in unserem System. Im Einwohnerrat ist es hingegen Usus, dass weitgehend diejenigen Personen in eine Kommission gewählt werden, die von den Fraktionen vorgeschlagen werden. Sie sind also Vertreter einer Fraktion. Deshalb ist die SP der Meinung, dass die Problematik des Fraktionswechsels angeschaut und darauf reagiert werden muss. Dabei ist sekundär, ab wann die Änderung in Kraft tritt, wichtig ist, dass das Thema klar geregelt ist.

Sven Inäbnit, FDP: Seine Fraktion hat eine klare Meinung: In erster Linie ist der Wählerwille zu respek-tieren. Da es sich bei der Wahl des Einwohnerrats bekanntermassen um eine Proporzwahl handelt, gel-ten für eine Legislatur die Sitze oder Wähleranteile beim Zeitpunkt der Wahl. Unloyale Partei- oder Fraktionswechsel – sogar noch vor Beginn der Legislatur – sollen deshalb nicht noch mit einem Kommis-sionssitzerhalt belohnt werden. Die FDP begrüsst darum die Idee einer Änderung der Geschäftsordnung und wird die Motion überweisen. Sie empfiehlt dem Büro dem Einwohnerrat baldmöglichst eine einfa-che Formulierung, eventuell analog Basel-Stadt, zu unterbreiten.

Eduard Rietmann: Die CVP/GLP-Fraktion unterstützt die Überweisung dieser Motion an das Büro. Auch sie ist der Meinung, dass der Verteilschlüssel der Einwohnerräte und nicht der Wähleranteil die Basis bilden soll, um die Kommissionen zu besetzen. Man ist der Meinung der SP, dass auch die Partei einen gewissen Einfluss auf den Einwohnerrat hat. Im Gegensatz zum Vorschlag der Motion möchte die CVP/GLP die Basler Formulierung übernehmen, die sagt, dass die Amtsdauer der Mitglieder der ständi-gen Kommissionen mit dem Ausscheiden aus der Fraktion endet. Man findet auch den Ansatz Basels, bei Parteiwechsel gewisse Teile neu zu organisierten, gut. Allerdings denkt man, dass für Binningen ein einfaches Mehr im Einwohnerrat genügen würde und dass dies nicht das Büro, sondern der Einwohner-rat entscheiden sollte.

Christoph Anliker, SVP: Grundsätzlich ist man gegen Reglementierungen. Die Ereignisse waren hoffent-lich einmalig. Man kann die Sache durchaus anschauen, doch ist die Fraktion der Meinung, dass eine Reglementierung nicht wirklich etwas bringt. Es wurde Stimmfreigabe gegeben.

Vor der Abstimmung erklärt Simone Abt, dass das Einwohnerratsbüro einen Vorschlag erarbeitet, der dann selbstverständlich dem Rat vorgelegt wird.

Eduard Rietmann meint, er sei falsch verstanden worden. Er findet, der gesamte Einwohnerrat sollte über eine Änderung unter der Legislatur beschliessen. Zurzeit erfolgt die Besetzung der Sitze nämlich durch das Büro.

ABSTIMMUNG

Ja: 34 / Nein: 2 / Enthaltungen: 0

BESCHLUSS

://: Die Motion wird an das Büro überwiesen.

Traktandum 8

Nr. 30

Postulat St. Glaser, parteilos: Verbesserung Darstellung Einwohnerrat auf Webseite

Susanna Keller: Die SVP heisst die bereits umgesetzten Änderungen gut und bedankt sich für die Gestaltung, die eine Verbesserung bringt. Man ist jedoch der Meinung, dass ein Telefonat mit der Verwaltung bestimmt auch den gewünschten Erfolg gebracht hätte. Ein Vorstoss, der einen politischen Verwaltungsapparat in Gang setzt, wäre nicht nötig gewesen.

Bettina Rumpf: Auch die FDP ist der Meinung, dass ein Anruf oder eine E-Mail an die Verwaltung genügt hätte, die gewünschten Änderungen zu bewirken. Deshalb lehnt sie die Überweisung des Postulats ab.

ABSTIMMUNG Überweisung des Postulats (34 Anwesende)

Ja: 16 / Nein: 15 / Enthaltungen: 3

ABSTIMMUNG Abschreibung des Postulats (36 Anwesende)

Einstimmig

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 9

Nr. 34

Privatfahrten mit gemeindeeigenen Fahrzeugen

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Eigentlich wollte er zu diesem Geschäft nichts mehr sagen, doch wurde er im Vorfeld von verschiedenen Seiten darauf angesprochen.

Den Vorwurf, dass Privatfahrten mit gemeindeeigenen Fahrzeugen durchgeführt wurden, hat die GRPK sehr ernst genommen. Das Thema wurde an vier Sitzungen diskutiert. Man sollte diese Vorwürfe in zwei Bereiche aufteilen. Der erste Teil ist der Gipfeltransport, der ausführlich dokumentiert und gerechtfertigt ist. Der zweite Teil sind die Pauschalvorwürfe, dass regelmässig Privattransporte durch Gemeindefahrzeuge ausgeführt werden. Zum ersten Teil will sich Eduard Rietmann nicht mehr äussern. Den zweiten Vorwurf halten die Mitglieder der GRPK aus zwei Gründen für gravierend: Erstens findet man es bedenklich, dass derartige Vorwürfe einfach in den Raum gestellt werden und zweitens sollte man, wenn man schon derartige Anschuldigungen macht, genügend Rückgrat haben, um mit seinem Namen hinzustehen und die Vorwürfe zu präzisieren. Sollten solche Vorwürfe nicht zutreffen, hält dies der Redner schon fast für eine Verleumdung. Wenn jemand aus dem Einwohnerrat oder der Bevölkerung solche Beobachtungen macht, ist die erste Instanz der Gemeinderat. Er führt die Verwaltung und ergreift entsprechende Massnahmen, wenn es derartige Vorkommnisse geben sollte, ist der Redner überzeugt. Wenn der Gemeinderat auf solche Meldungen nicht reagiert, kann man an den Einwohnerrat, respektive die GRPK, gelangen. Wenn es dazu kommt, entscheiden die 15 Mitglieder dieser Behörde, wie es weiter geht. Im vorliegenden Fall hat die GRPK beschlossen, nicht auf die Pauschalbeschuldigungen und anonymen Vorwürfe einzutreten. Auch künftig wird sie anonyme Hinweise und Pauschalvorwürfe nicht unbedingt als Pflichtaufgabe wahrnehmen. Die Geschäfts- und Rechnungskommission hat den gesetzlichen Auftrag, das Rechnungswesen und die Tätigkeit der Behörden und der Verwaltung zu prüfen. Doch die GRPK ist nicht Aufsichtsstelle, sie ist auch nicht Kontrollstelle oder Ober-Gemeinderat, auch nicht Ombudsstelle oder kantonales Verwaltungsgericht. Sie ist die Prüfungskommission und ist dem Parlament gegenüber Rechenschaft schuldig. Welche Schlussfolgerungen oder politische Konsequenzen das Parlament daraus zieht, ist Sache des Parlaments, respektive der Fraktionen und der Mitglieder.

Gabriela Vetsch dankt im Namen der SP, dass die Gipfelikrise ohne grösseren Krisengipfel endlich von der neuen GRPK beigelegt werden konnte. Sie hält fest, dass missbräuchliches Benutzen von Gemeindefahrzeugen durch eine Partei für den Wahlkampf tatsächlich eine Sache ist, welche die GRPK untersuchen sollte. In der Sache Gipfeltransport war die Kommission nach Ansicht der SP jedoch gar pingelig. Zeitweilig fühlte man sich zu den Schildbürgern versetzt, was in Ordnung ist, solange niemandem geschadet wird und für Lacher gesorgt ist.

Wie im GRPK-Bericht bemerkt und von Eduard Rietmann soeben erwähnt, hält Gabriela Vetsch mit Nachdruck fest, dass die Partei zusätzlich mit völlig haltlosen Anschuldigungen konfrontiert wurde. Dass sich eine ganze Partei auf vage Verdächtigungen und gegen unbekannte, nie genannte Anschuldigungen verteidigen muss, ist von einem Schildbürgerstreich weit entfernt, sondern kratzt an rechtsstaatlichen Grundsätzen. Hier hört der Spass definitiv auf. Die Rednerin hält expressis verbis fest, dass die SP von der damaligen GRPK unter Generalverdacht gestellt worden ist, der jeder Grundlage entbehrt. Dazu hätte die Partei zusätzlich zum nüchternen Bericht eine Entschuldigung erwartet.

BESCHLUSS

://: Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und die Angelegenheit als erledigt betrachtet.

Stefan Glaser, parteilos: In seinem Postulat und der Antwort des Gemeinderats ist eigentlich alles gesagt. Trotzdem möchte er nochmals auf die Vorteile des vorgeschlagenen neuen Standorts hinweisen: Der Bürgerrat unterstützt das Vorhaben, die zahlreichen Passanten nehmen den Brunnen wahr, es gibt frisches Trinkwasser, von dem die Schlossparkbenützer Gebrauch machen können, und das Geschenk der Regierung Basel-Stadt hat endlich den Standort, den es verdient – alles in allem ist es ein absoluter Mehrwert für den Schlosspark.

Jürg Blaser, SVP: Seine Fraktion ist auch der Meinung, dass der jetzige Standort suboptimal ist, weil dem wertvollen Geschenk der Stadt Basel dort nicht die nötige Wertschätzung zukommt. Eine allfällige Neuplatzierung des Brunnens sollte im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Schlosseingangs vorgenommen werden. Deshalb kann sich die SVP auch einen anderen Standort als neben dem Imhof-Haus vorstellen. Vielleicht liesse sich auch für den schönen Brunnen des Bürgerrats, der hinter dem Schloss wenig Beachtung findet, ein neuer Standort finden. Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Der Gemeinderat hat auch dieses Postulat erledigt ohne die Überweisung abzuwarten. Eigentlich hätte er auch gleich die Abschreibung beantragen sollen. Wie in der Vorlage berichtet wird, wurde der Brunnen aus bestimmten Gründen am jetzigen Ort positioniert. Diese Gründe gelten für die Grüne/EVP-Fraktion immer noch. Im Strassennetzplan, der im 2011 vom Regierungsrat genehmigt wurde, ist der angesprochene kantonale Wanderweg bereits durchgehend bis Weiermattstrasse eingezeichnet. Diesen sollte man eigentlich endlich fertigstellen. Der Brunnen sollte auch als Gedankenstütze für die Fertigstellung dort unten bleiben.

Die Ausrichtung des Brunnens sei falsch. Aus welcher Sicht? Wer sollte Richtung Basel schauen, der Basilisk oder die Fussgänger, die Wasser trinken? Dass der Standort beim Bürgerhaus eine Verbesserung ist und sich der Brunnen besser ins Gesamtbild einfügt, ist nach Ansicht der Fraktion Geschmackssache. Diese Frage müsste in einer Kommission besprochen werden, genauso wie andere potentielle Standorte wie z.B. am Kronenplatzkreisel (egal, mit welcher Ausrichtung), am Dorenbachkreisel oder am Margarethenstich.... Es ist also mit CHF 23 000 und der Eigenleistung der Verwaltung, die mit der Schulraumplanung wahrlich genud zu tun hat, nicht getan. Aus all diesen Gründen ist es für die Grüne/EVP unnötig, Geld auszugeben und Arbeit zu investieren, um den Brunnen zu verlegen. Sie wird gegen die Überweisung des Postulats stimmen.

SP: Gaida Löhr versteht die Vorbehalte ihrer Vorredner/-innen. Trotzdem hat sie eine gewisse Sympathie für dieses Postulat, durch das sie endlich diesen Basilisken-Brunnen entdeckt hat. Sie findet durchaus, dass man den Brunnen etwas prominenter aufstellen könnte und fände es schön, im oberen Teil des Schlossparks, wo mehr Leute durchgehen, Trinkwasser zu haben. Die SP ist geteilter Meinung, was die Überweisung anbelangt.

Bettina Rumpf: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat ein Luxusproblem darstellt und dass das Gremium die Zeit lieber für Diskussionen um echte Probleme verwenden sollte. Jedenfalls ist die ästhetisch begründete Verlegung des Brunnens keine öffentliche Aufgabe. Wenn das Anliegen dem Postulanten so wichtig ist, sollte sich doch ein privater Spender finden, der diesen Luxus finanziert. Aus diesem Grund lehnt die FDP die Überweisung des Postulats an den Gemeinderat ab.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Seine Fraktion ist für die Überweisung des Postulats. Der heutige Standort ist in der Tat etwas unglücklich gewählt und es wäre interessant, zu erfahren, warum gerade dieser Ort damals ausgesucht wurde. Der neue Standort wäre würdiger für das Geschenk des Nachbarn. Thomas Hafner ist mit der FDP einig, dass es um ein Luxusproblem geht, trotzdem findet er, dass der Brunnen disloziert werden sollte.

Severin Brenneisen, SP: Im Bericht des Gemeinderats steht, dass eine Fachgruppe den jetzigen Standort festgelegt hat. Es wäre für den Rat gut zu wissen, was damals die Überlegungen waren und wie die

Fachgruppe den vorgeschlagenen Standort beurteilen würde. Severin Brenneisen findet es problematisch, wenn immer wieder im Nachhinein Entscheide von Fachgruppen und Kommissionen hinterfragt werden. So kommt man einfach nicht weiter. Vielleicht war die Standortwahl wirklich ein kleiner Fehler, was sich noch zeigen wird. Der Redner fordert nochmals, dass die Beweggründe und Gedanken der Fachgruppe kurz erläutert werden.

SVP: Christoph Anliker findet es traurig, dass man den Nachbarn Basel-Stadt mehr wertschätzt als die eigene Bürgergemeinde, denn den Bürgergemeinde-Brunnen, der hinter dem Schloss steht, sieht auch niemand. Über dessen Standort könnte man auch diskutieren.

Jürg Humbel, FDP: Beim Stichwort „Schloss“ läuten bei ihm sämtliche Alarmglocken. Wie viel Zeit wurde (und wird noch) wegen des Schlosses in Spezialkommissionen, der BPK und der GRPK „verbraten“? Wenn man sich die heutige Diskussion anhört, könnte man auch wieder zum Schluss kommen, dass es eine Kommission braucht – ob dabei etwas Gescheites herauskommen würde, wagt er zu bezweifeln. Jürg Humbel plädiert dafür, die Schlossgeister endlich in Ruhe zu lassen und das Postulat nicht zu überweisen.

Gemeinderat Urs-Peter Moos stellt als Erstes klar, dass der Gemeinderat das Postulat nicht bereits erledigt hat. Er hat den Auftrag „Prüfen und Berichten“ umgesetzt und einen Vorschlag gemacht. Die Sache wurde genau betrachtet, die Vor- und Nachteile abgewogen. Man hat sich auch mit den Überlegungen der Fachgruppe Schlosspark, die nicht mehr existiert, befasst. Schliesslich ist man zum Schluss gekommen, dass der versteckte Standort den Sinn und Zweck eines so schönen Brunnens nicht erfüllt. Niemand nimmt ihn dort zur Kenntnis, niemand braucht ihn. Der Bürgerrat begrüsst den vorgeschlagenen Standort beim Bürgerhaus ausdrücklich und ist mit dem Standort des Bürgergemeinde-Brunnens immer noch zufrieden.

Urs-Peter Moos hat recherchiert und festgestellt, dass die ältesten Basilisken-Brunnen in Basel bereits über 115 Jahre am selben Ort stehen. Man kann also die Kosten des Umzugs auf 115 Jahre verteilen und sich überlegen, ob es sich lohnt, das jetzt zu tun oder erst in zehn bis fünfzehn Jahren.

CVP/GLP: Eduard Rietmann ärgert sich über den Standort, weil der Brunnen ein Gastgeschenk eines guten Nachbarn ist, das dort unten ein Schattendasein fristet.

ABSTIMMUNG

Nein: 20 / Ja: 8 / Enthaltungen: 8

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger hält als Erstes fest, dass sich die Schulleitung richtig verhalten hat. Die allfällige Verunsicherung der Bevölkerung wurde lediglich durch die Medien-Berichterstattung ausgelöst.

1. Wieso wurde die Anzeige nicht sofort von der Gemeindepolizei der Kantonspolizei gemeldet?

Die Anzeige war von den Eltern des Kindes bereits bei der Kantonspolizei gemacht worden. Deshalb war es nicht nötig, dass die Gemeindepolizei sie an die Kapo weiterleitet. Die Gemeindepolizei hat der Schulleitung geholfen, das Schreiben an die Erziehungsberechtigten aufzusetzen. Es ist bestimmt sinnvoller, wenn in Zukunft in solchen Fällen die Kantonspolizei hinzugezogen wird.

2. Wie kann die Kommunikation verbessert werden?

Die Schulleitung, Vertreter der Gemeinde und der Kantonspolizei treffen sich am 7. Februar 2013 zur Klärung der Frage, wie in derartigen Fällen vorgegangen werden soll.

3. Wird nicht jeder Vorfall der Gemeinde- und Kantonspolizei gemeldet?

Nein, die Gemeindepolizei ist für den ordnungsdienstlichen Bereich (Ruhe und Ordnung) und die Kantonspolizei für die Sicherheit zuständig. Fällt ein Vorfall in die Zuständigkeit der anderen Polizei, so erfolgt selbstverständlich eine Meldung.

4. Wieso gibt es kein Merkblatt, welches die Abgrenzungen (Schnittstellen) zwischen der Gemeinde- und Kantonspolizei für die Bevölkerung aufzeigt?

Mit dem neuen Polizeigesetz wird das klarer. Die Kantonspolizei kümmert sich um die Sicherheit (Strafdelikte), die Gemeindepolizei um Ruhe und Ordnung. Der Gemeinderat wird der Bevölkerung diese Unterschiede bei Inkrafttreten des neuen Polizeigesetzes nahebringen.

5. Welche Weisungen gibt es für die Schulen?

Die Schulleitung hat eine Informationspflicht und hat diese auch wahrgenommen. Mit dem anstehenden Treffen der Gemeinde und der Kantonspolizei soll auch sichergestellt werden, dass künftig auch die Kantonspolizei direkt durch die Schulleitung informiert wird.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort befriedigt.

Diversa

Anfrage St. Glaser, parteilos: Restaurant im Garderobengebäude Spiegelfeld

44

Gemeinderat Daniel Nyffenegger:

1. Wer wird das Restaurant führen und wie viel Pacht wird pro Monat an die Gemeinde bezahlt werden?

Im neuen Garderobengebäude ist kein öffentliches Restaurant, sondern ein grosszügiges Clublokal vorgesehen. Welche/r Verein/e das Clublokal führen wird, und zu welchen Konditionen, wurde noch nicht entschieden und ist Gegenstand der laufenden Planung.

2. Die Gemeinde Binningen verpachtet bei der Schwimmhalle Spiegelfeld ein Restaurant. Was ist das Gesamt-Restaurant-Konzept der Gemeinde Binningen (Restaurant Schwimmhalle und Restaurant Garderobengebäude)?

Da kein weiterer Restaurationsbetrieb geplant wird, besteht auch kein Gesamt-Restaurant-Konzept.

3. Wie wird die Existenz des jetzigen Pächters bei der Schwimmhalle gesichert?

Da schon heute im Garderobengebäude ein Clublokal betrieben wird, ändert sich an der Ausgangslage für den Pächter des Restaurants Spiegelfeld nichts. Als selbständiger Unternehmer ist der Pächter zudem selbst für seine betriebliche Existenz verantwortlich. Mit stetigen Investitionen in die Infrastruktur (2012 über CHF 30 000, im 2013 ca. CHF 20 000), welche den bescheidenen Pachtzins von CHF 1 300 pro Monat (für über 80 m²) deutlich übersteigen, werden dem Pächter attraktive Rahmenbedingungen geschaffen.

Anfrage St. Glaser, parteilos: Wann endlich wird die Schlosstreppe gebaut?

45

Gemeindepräsident Mike Keller:

1. Wann wurde das Baugesuch für die neue Schlosstreppe publiziert?

Das Baugesuch für die neue Schlosstreppe wurde am Donnerstag vom 1.11.2012 im Amtsblatt publiziert.

2. Von wann bis wann lief die Beschwerdefrist?

Die Planaufgabe des Baugesuches lief vom 1.11. 2012 bis 12.11.2012.

3. Sind Beschwerden gegen das Baugesuch eingereicht worden?

Ja. Die SIA Norm 500 für hindernisfreies Bauen war nicht eingehalten. Die bereinigten Pläne konnten am 19.12.2012 eingereicht werden.

4. Weshalb wurde mit dem Bau der Schlosstreppe noch nicht begonnen?

Die Baubewilligung liegt noch nicht vor. (Anmerkung der Protokollführerin: Wurde am 22.1.2013 erteilt).

5. Wann ist voraussichtlich Baubeginn und wie lange dauert der Bau?

Sobald die Baubewilligung erteilt worden ist, wird der Architekt den Terminplan fertig stellen können. Gemäss Architekt beträgt die Bauzeit ca. 12 Wochen.

Divers

Gemeindepräsident Mike Keller:

Um weiteren Anfragen zuvorzukommen, informiert er über die Umzonung des Stamm-Areals. In der Dezember-Sitzung hat der Einwohnerrat bekanntlich der Umzonung zugestimmt. Mittlerweile ist die Referendumsfrist ungenutzt verstrichen. Wie geht es nun weiter?

Ende Januar erfolgt die Publikation, im Februar läuft die Planaufgabe. Anschliessend werden bis ca. Ende Mai allfällige Einsprachen behandelt. Wenn diese abgearbeitet sind und es damit keine Probleme gibt, erfolgt der Antrag für die regierungsrätliche Genehmigung. Mit diesem ist frühestens vor den Sommerferien zu rechnen. Aufgrund früherer Erfahrungen verstreicht bis zum Bescheid des Regierungsrats etwa ein halbes Jahr. Die neue Zoneneinteilung kann also wahrscheinlich zu Beginn 2014 in Kraft gesetzt werden.

Der Verkehr in Binningen ist ein Thema des Legislaturprogramms. Es wird eine Entlastung in der Kernzone angestrebt. Man will niemanden bevormunden oder irgendetwas versperren, sondern es geht darum, dass sich Binningen in alle Richtungen gegen neue Autolawinen wehren muss. Im Herbst letzten Jahres konnte man die Verkehrsplanung des Kantons Baselland begutachten. In diesem Zusammenhang ist auch ELBA zu erwähnen. Der Gemeinderat hat beim Studium der Unterlagen festgestellt, dass Binningen darin mit keinem Satz erwähnt ist. Das ist umso erstaunlicher, als Binningen von den Verkehrsströmen in alle Richtungen sehr stark beansprucht wird. Völlig unverständlich ist für den Gemeinderat, dass in der Verkehrsplanung des Kantons die Kantonsgrenze exakt eingezeichnet und die Schnittstelle zum Kanton Basel-Stadt nicht existent ist. Man hat eine Stellungnahme vorgenommen, im Wissen darum, dass sie nicht viel bewirken wird. Liestal hat Binningen versichert, dass man selbstverständlich an diese wichtige Gemeinde gedacht habe. Ausserdem dauere es mindestens 30 Jahre, bis ein solches Vorhaben umgesetzt wird. In dieser Zeit könne noch viel getan werden. Diese Antwort hat dem Gemeinderat gezeigt, dass man sich aktiv wehren muss – vor allem an der Schnittstelle, dem Kanton Basel-Stadt. Dieser bot nun Binningen die Gelegenheit, in seine Verkehrsplanung zu schauen. Binningen interessiert natürlich ganz besonders der Gundeli-Tunnel, der laut Plan tatsächlich beim Dorenbach aufhört. Nun befürchtet man, dass damit noch mehr Verkehr durch Binningens Hauptstrasse fliessen und dieser Anschluss für den Pendlerverkehr sehr attraktiv wird.

Allschwil, Bottmingen und Oberwil, die auch betroffen sind, sind über die Basler Pläne auch nicht glücklich und man hat beschlossen, sich gemeinsam zu engagieren. Das bedeutet einerseits, dass die Basler Verkehrsunterlagen mit einem entsprechenden Schreiben beantwortet werden, andererseits, dass die vier Gemeinden zusammen einen kontinuierlichen Dialog mit dem Basler Regierungsrat zu diesem Thema anstreben.

Zum Verkehr gehört auch der öffentliche Verkehr und zu diesem gehören der Margarethenstich und die Anbindung zum Bahnhof. Diese offenen Punkte wurden nicht vergessen, doch man hat im Legislaturprogramm gewisse Prioritäten gesetzt. In der letzten Legislatur wurde beim öffentlichen Verkehr sehr vieles in Gang gesetzt, nun möchte man dies auch beim mobilen Verkehr tun.

Im Legislaturprogramm wurde die sogenannte Feedback-Kultur erwähnt. Mike Keller lädt die Einwohnerrät/-innen herzlich ein, vor oder nach der Sitzung den Kontakt zu den Gemeinderäten zu nutzen. Er persönlich steht den Räten sehr gerne auch per Telefon oder Mail zur Verfügung, sollten sie zu einem Geschäft mehr Hintergrundwissen wünschen. Falls bei einem wichtigen Geschäft das Bedürfnis besteht, darüber zu diskutieren, bietet der Gemeindepräsident an, an einer Fraktionssitzung teilzunehmen.

Zum Thema aktive Information: Mike Keller stört es, dass ein Geschäft, das vom Gemeinderat und der Verwaltung wochen- oder gar monatelang bearbeitet wurde, für die Einwohnerrät/-innen ein neues Thema ist, wenn es in den Rat kommt. Er findet es auch schade, dass die Rät/-innen so wenig darüber wissen, was der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung genau tut. Deshalb ist die Idee entstanden, dem ER die laufenden Aktivitäten näherzubringen. Man plant ein Informationsdokument, das regelmässig zugestellt werden und über laufende Geschäfte Auskunft geben soll. Man scheut sich nicht davor, „die Katze aus dem Sack zu lassen“, sondern sucht einen regelmässigen Austausch mit dem Rat.

Der Gemeinderat wie auch die Verwaltung versuchen, sich eine eigene Unternehmenskultur anzueignen. Diese muss vorgelebt werden und bis sie mess- und spürbar ist, wird es eine Weile dauern. Mike Keller freut sich über die Zusammenarbeit mit dem grösstenteils ausgewechselten Verwaltungsteam. Die Motivation ist sowohl beim Gemeinderat wie auch bei der Verwaltung gross, diese Veränderungen anzupacken.

Gemeinderätin Heidi Ernst:

Am 1. Januar 2013 ist das neue Kinder- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft getreten. Die kommunalen Vormundschaftsbehörden gibt es nicht mehr. Binningen hat sich mit den anderen Leimentaler Gemein-

den zum KESB zusammengeschlossen. Eine Steuerungsgruppe von Gemeinderatsvertreter/-innen hat den Übergang vorbereitet und die gesetzlich vorgeschriebenen Anstellungen vorgenommen. Damit der Wechsel reibungslos vollzogen werden konnte, mussten in Binningen ca. 220 Dossiers systemgerecht aufbereitet werden. Dank einem grossen Sondereinsatz der Verwaltung hat dies sehr gut geklappt. Heidi Ernst bedankt sich an dieser Stelle bei allen Beteiligten. Sie informiert den Rat, dass dieser Sondereinsatz im Budget bereits berücksichtigt war.

Der Rat hatte mit Annahme des Geschäfts auch zugestimmt, dass der Sitz der KESB im Binninger Reschhaus ist. So wird das schöne Haus sinnvoll einer neuen Nutzung zugeführt, was die Gemeinderätin freut. Die Renovation verläuft nach Plan und es kann voraussichtlich im März eingezogen werden. Zurzeit arbeiten die zukünftigen Nutzer/-innen des Reschhauses noch an verschiedenen Standorten und sie freuen sich auf ihren neuen Arbeitsplatz.

Präsidentin Simone Abt verkündet den Austritt von Patricia Kaiser aus dem Einwohnerrat per Ende Januar und den Austritt aus dem Wahlbüro per Ende März. Sie verlegt ihren Wohnort demnächst nach Basel. Da dies ist Patricia Kaisers letzte Einwohnerratssitzung ist, wird sie offiziell verabschiedet.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung um 21.30 Uhr.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet statt am Montag, 4. März 2013, 19.30 Uhr.